

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreizehnpalt. Zeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. B. r. e. p. Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prüll, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanstschlüsse 2 28 41 und 2 28 42.

Die verpusste Hungermarsch-Aktion.

Wie ein Lauffeuer ging die Meldung durch den Blätterwald der kommunistischen, nationalsozialistischen und bürgerlichen Zeitungsprelle über eine Hungermarsch-Aktion der Heilbronner Glasarbeiter gegen den Fabrikarbeiterverband nach Hannover. Diese „heilige Dreieinigkeit“ im Kampfe gegen die Gewerkschaften ist in der gegenwärtigen Zeit nichts Neues. Sie zeigt aber die Zerrissenheit der einzelnen Klassenschichten innerhalb der deutschen Bevölkerung, und diese Klassenschichten, durchtriefte von Gehässigkeit gegen die freien Gewerkschaften, sind zu allem Unsinn fähig. Das zeigte die Begleitmusik zu den Hungermarschmeldungen in den Zeitungen der drei Richtungen. Die kommunistische Presse überschlug sich förmlich in Purzelbäumen und Raferei gegen uns.

Es ist schon notwendig, nach Beendigung dieses unglückseligen Hungermarsches den Sachverhalt objektiv darzustellen. Um was handelte es sich?

Die Heilbronner Glashütte AG. plante ab Mai 1932 eine 15prozentige Senkung der Akkordlöhne. Gestützt auf unsere Organisation wehrte sich die Arbeiterschaft mit Recht dagegen. Verhandlungen führten zu keinem Erfolg.

Das Resultat einer weiteren Verhandlung mit einer Akkordlohnsenkung von 5 bzw. 10 Prozent in der Spitze wurde von der Arbeiterschaft ebenfalls abgelehnt. Eine neue Vereinbarung im Lohn kam nicht zustande. Unter den alten Lohnsätzen wurde tariflos weitergearbeitet. Bei der Firma hatte sich inzwischen ein Lagerbestand von 5 bis 6 Millionen Flaschen angesammelt. Es war für jeden Kenner der Dinge in der Flaschenindustrie klar, daß bei einem derartigen Lagerbestand ohne nennenswerte neue Aufträge bei einer Firma mit einem Wannenofen für eine unbestimmte Zeit der Betrieb stillgelegt werden muß. Hinzukam, daß die Firma infolge des Hereinfallens mit der vollautomatischen Hillmann-Maschine, die der Hallescher Pfannenschiff in Senftenberg-Groß-Räthen schon früher ungeheures Kapital gekostet hat, den Abriß und Neu- und Umbau des Wannenofens bewerkstelligen mußte. So griff sie am Ende der konjunkturellen Zeit zur Aufkündigung des Arbeitsverhältnisses und präsentierte erneut ihre Lohnabbauforderung. Alle Verhandlungen, auch die mit Hilfe des Schlichters, zerschlugen sich. Die Firma zeigte in dieser Situation kein Interesse an einer Einigung. Ihre beiden Vertreter beim Schlichter waren ohne jede Vollmacht. So kam es am 28. August zur Aussperrung.

Angesichts dieser Situation hat die Verbandsleitung die Kollegen nicht im Zweifel gelassen, daß in diesem Falle von einem regelrechten Kampf nicht mehr die Rede sein kann. Die Firma mußte für eine unbestimmte Zeit stilllegen, ob mit oder ohne Lohnsenkung. Sie machte aber von einer Stilllegung nach den Bestimmungen der Stilllegungsverordnung keinen Gebrauch, um der Organisation und der Arbeiterschaft die größten Schwierigkeiten zu bereiten. Das konnte und durfte sich die Verbandsleitung nicht gefallen lassen. Sie brach daher den schon nicht mehr bestehenden Kampf ab, um die Firma zu zwingen, Farbe zu bekennen. In diesem Augenblick konnte nachgewiesen werden, daß die Wiederaufnahme der Arbeit einfach nicht möglich war wegen des umfangreichen Uferumbaus. Wenn eine Firma den Betrieb nicht aufnehmen kann aus technischen Gründen, trotzdem ein Kampfabbruch von Arbeitnehmerseite vorliegt, sollte nach menschlichem Ermessen der Kampf als beendet betrachtet werden, weil ein Kampfziel nicht mehr vorhanden ist.

Die Firma im Verein mit dem Arbeitgeberverband machte bei den Behörden trotzdem die größten Schwierigkeiten, so daß der Kampf nunmehr gegen die Behörden geführt werden mußte. In diesem Kampfe gegen die Behörden wäre es vornehmste Pflicht eines jeden wirklichen Arbeiterfreundes gewesen, die Organisationsleitung zu stützen. Die kommunistische Opposition tat aber, entsprechend den ihr gegebenen Anweisungen, das Gegenteil, denn ihr Prinzip ist, die Organisationsleitung herunterzureißen, das eigene Nest zu beschmutzen. KPD. und KSO. kamen also den Unternehmern zu Hilfe. Der Syndikus des Industriellen-Verbandes griff mit Freuden zu den Artikeln in der kommunistischen „Süd-deutschen Arbeiterzeitung“ zur Bekräftigung seines Standpunktes vor dem Arbeitsgericht. So wirkte die Arbeit der kommunistischen Opposition.

Im Kampfe um die Festsetzung des Lohnes brauchen wir zu guter Letzt keine Behörden. Die Mittel hierfür hat und zahlt die Organisation. Wenn aber die Unmöglichkeit der Arbeitsaufnahme des Betriebes aus technischen Gründen vorliegt, kann von uns nicht verlangt werden, daß wir die Unterstützung zahlen. Das mögen gefälligst jene tun, die dazu verpflichtet sind.

Den Kampf hierfür zu führen, lehnte die kommunistische Opposition ab, das überließ sie der Organisationsleitung. Dafür wurde der Kampf gegen unseren Verband geführt und zu diesem Zweck der Hungermarsch nach Hannover arrangiert und angetreten. Die führenden kommunistischen Persönlichkeiten, die bei dem Aufmarsch zugegen waren und zu einem Teile gar nicht zu den Betriebsarbeitern gehörten, haben nachher bei den Behörden sich als Unschuldsbämmer hingestellt. Das kommunistische Stadtratmitglied Leuchter von Heilbronn hat z. B. dem stellvertretenden Arbeitsamts-Direktor Dr. Lutz erklärt, daß er die Hungermarschler gewarnt habe, aber seinen Mahnungen wurde kein Gehör geschenkt. So sehen diese „Feldherren“ aus. Wir bedauern die Arbeiterschaft, die solchen „Führern“ folgt.

Die Frauen der betroffenen Kollegen haben für die Situation viel mehr Verständnis gezeigt, das muß anerkannt werden. Nachdem die Unterstützung der Kollegen durch die Behörden zweifelhaft lag und mit Hilfe des Vorstandsvertreterers ein Tarifabschluß getroffen war, wandten sie sich in ihrer Not an unsere Zahlstellenleitung mit der dringenden Bitte, doch bei der Rückkehr ihrer Männer behilflich zu sein. Das ist geschehen. Drei Frauen haben sich mit unserem Zahlstellenleiter auf den Weg gegeben, die Hungermarschler in dem Orte Lorch gestellt, und nach kurzer Gerichtersatzung wurde die Rückfahrt mit den Mitteln der Organisation beschlossen und angetreten. Vorher hatte einer der Anführer und Referent in den arrangierten Versammlungen schon den Mut verloren, weiterzumarschieren, und war bereits auf dem Rückweg nach Heilbronn.

Die Organisationsleitung hat trotz des gegen sie gerichteten Marsches für die Rückreise der Kollegen gesorgt. Sie hat keine Veranlassung, die Verführten im Stich zu lassen. Sie läßt aber auch keinen Zweifel darüber, daß mit den kommunistischen Anstiftern dieser Aktion nicht mehr verhandelt wird und der Trennungsstrich zu ziehen ist. Von den rund 140 Beschäftigten waren nur 43 an dem Hungermarsch beteiligt.

So endete der falsch adressierte Hungermarsch sehr frühzeitig, wie er für jeden Einsichtigen enden mußte. Er ist und bleibt ein trauriges Kapitel für die Anstifter dieser Aktion.

folgen... Des weiteren wird gefordert: „Die gesamte deutsche Wirtschaft muß sofort von allen Fesseln befreit werden. Jeder, sowohl Arbeiter als auch Angestellter und Unternehmer, soll sich sein Brot dort suchen, wo er es am besten findet. Alle Tarifverträge und sonstige die Produktion hemmende Einrichtungen müssen beseitigt werden.“

Kurz und gut, statt des Gereke-Umwegs gebt uns Unternehmern die Millionen direkt, nicht den Arbeitslosen als Lohn, wir werden es schon klein kriegen. Wir sind der Meinung, die Einkommen mancher Kapitalisten können noch um 90 Prozent gesenkt werden. Und bezüglich der Tarifverträge? Da ist selbst der starke und kluge Papen gegen die Gewerkschaften unterlegen. Also Arbeit brauchen wir, nicht Scharfmachergerede, mit dem ein verantwortungsbewußter Mensch nichts anfangen kann.

Neueinstellung durch Verkürzung der Arbeitszeit.

Das Internationale Arbeitsamt legt der bevorstehenden vorbereitenden Konferenz, die über Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit beraten soll, einen Bericht vor, der eine große Materialsammlung über dieses Thema darstellt. Unter anderem wird die Frage über die Möglichkeiten von Neueinstellungen bei Verkürzung der Arbeitszeit untersucht:

Staat	Industrie	Auf je 100 der Beschäftigten könnten mehr eingestellt werden bei einer Verkürzung der Arbeitszeit auf		
		40 Stunden	36 Stunden	
Deutschland:	Chemie	11	23	
	Papierindustrie	10	22	
	Seid- und Wollwaren	12	24	
	Textilindustrie	6	17	
	Eisen- und Stahlindustrie	4	15	
	Holzverarbeitung	0,3	11	
	USA:	Papierindustrie	4	15
		Fleischkonservenindustrie	22	37
		Seiden- und Baumwollindustrie	18	31
		Wollindustrie	6	18
Schuhindustrie		11	24	
Zeichendruckerien		3	14	
Großbritannien:	Bekleidungs- und Nahrungsmittelindustrie	2	13	
	Ziegeleien	17	28	
	Keramische Industrie	10	16	
	Wollindustrie	13	22	
	Baumwollindustrie	17	28	
Frankreich:	Rammgarnindustrie	15	25	
	Schuhindustrie	11	18	
Dänemark:	Allgemein	13	23	
Schweden:	Allgemein	19	32	
Polen:	Allgemein	14	26	
	Allgemein	13	15	

Achtung, Hilfskassierer!

Angesichts der jahrelangen Erwerbslosigkeit und der damit verbundenen Not haben die Beitragsammler einen besonders schwierigen Stand und sind fortwährender Kritik ausgesetzt.

Es gibt Mitglieder, die wankelmütig geworden sind und die Kritik als Mittel zum Zweck benutzen, um vom Verbandsloszukommen. Manche haben sich weitestgehende Rechte erworben, die angegeben zu haben, sie später bereuen würden. Bei solchen Mitgliedern muß der Beitragsammler auf die Verluste der erworbenen Rechte immer wieder aufmerksam machen, die durch Unterbrechung der Beitragsleistung entstehen. Durch Aufklärung mit Zahlenmaterial wird so manches Mitglied vom Austritt aus dem Verbands zurückgehalten und zum Weiterzahlen veranlaßt werden.

Innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung ist zweifellos eine Überorganisation eingetreten. Wir alle haben von jeher für die Teilnahme an jeglichem Zweig der Arbeiterbewegung plädiert, und es wäre absurd, jetzt in der Notzeit das Gegenteil zu tun. Allerdings muß gesagt werden, die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft und der Partei (SPD.) ist ebenso notwendig wie das Brot auf dem Tische.

Ein hoher Prozentsatz unserer Mitglieder ist mit Familie in irgendeiner Lebensversicherung. Um die Police nicht verfallen zu lassen, macht man jetzt oft die Wahrnehmung, daß viele den Verbandsbeitrag nicht mehr weiterzahlen, um dort die fällige Prämie zahlen zu können. Diese Einstellung ist falsch, denn die Versicherungspolice ist bei der in Frage kommenden Versicherungsgesellschaft beliehbar. Im letzteren Falle allerdings unter Verlust eines bestimmten Prozentsatzes.

Ehe man also die vorteilhafte Mitgliedschaft im Verbands preisgibt, sollte man von allen zu Gebote stehenden Hilfsmitteln Gebrauch machen, um über die Notzeit hinweg die Mitgliedschaft aufrechtzuerhalten; denn die gewerkschaftliche Organisation ist die beste Versicherung der Welt, die jeder-mann auch in der Zukunft recht notwendig gebrauchen wird. Also, ihr Kollegen Hilfskassierer, seid diesbezüglich recht aktiv!

Karl W u h m a n n.

Wie steht es mit der Arbeitsbeschaffung?

Man hört noch nichts von der Inangriffnahme wichtiger Arbeiten. Es wird immer noch geredet und geredet und geprüft und überlegt und festgestellt. Und dazwischen fuhrwerken die verschiedenen Interessenten aus Unternehmerkreisen umher, die Angst haben, die für die Arbeitsbeschaffung vorgesehenen Mittel könnten zum größten Teil in die Taschen der Arbeitslosen fließen, statt in die Unternehmertaschen.

„So wenden sich reaktionäre Scharfmacher gegen den Gereke-Plan, den sie als einen Irr- und Umweg halten. In der „Bergwerks-Zeitung“ Nr. 6 befaßt sich der bekannte kapitalistische August Rosterg mit diesem Plan. Unter scharfer Kritik lehnt er ihn entschieden ab. Nach seiner Meinung ist eine dauernde Besserung der Wirtschaftslage nur möglich, wenn der Gereke-Plan abgelehnt und die dadurch ersparte Summe der gesamten Wirtschaft in Form von Steuerermäßigungen zugeführt wird. Des ferneren hält er eine Senkung der Lebenshaltungskosten für dringend erforderlich, ohne allerdings zu sagen, wie dies geschehen soll. Was jetzt kommt, muß man im Wortlaut genießen: „Es muß die Produktion erheblich verbilligt und alle Warenpreise müssen bedeutend gesenkt werden. Hierzu ist notwendig, daß die Einkommen jedes Staatsbürgers nach und nach im Tempo der Preisermäßigung für Waren und der Produktionssteigerung bis zu 40 v. H. gesenkt werden. Bei den im Staatsdienst befindlichen Menschen muß sofort der Anfang gemacht werden. Der übrigen Wirtschaft muß empfohlen werden, sofort zu

Erfolgreiche Werbearbeit.

Gau 2.	Rathenow	27
Lorgau (Nov. u. Dez.)	Sommerfeld	54
Gau 3.		
(November und Dezember.)	Penzig (4. Quartal)	39
Berlin	Gau 7.	
Brandenburg	Zwickau (Nov. u. Dez.)	73
Cottbus	Gau 13.	
Frankfurt a. d. O.	Hanau (Dezember)	30
Guben	Gau 15.	
Landberg	Scharrel (Dezember)	23
Küßtrin		

Agitation ist der belebende Faktor jeder Organisation. Ohne Werbearbeit erstarrt und zerfällt jedes Organisationsgebilde. Agitation ist der rotierende Puls für den Verband, der immer wieder das Agitationsleben erneuert.

Reichsregierung und Reichswirtschaftsrat.

Reichskanzler von Schleicher empfing am Mittwoch, dem 11. Januar, die Vorsitzenden des Reichswirtschaftsrats Leppart und von Siemens, die dem Kanzler den Wunsch des RWR vorzutragen, bei den gesetzgeberischen Maßnahmen der Regierung fortan in vermehrtem Umfang wieder eingeschaltet zu werden. Seit an Stelle der ordentlichen Gesetzgebung durch das Parlament der Weg der Notverordnungen beschritten wurde, haben die Ressortminister nur selten mehr ihre Vorlagen dem RWR zur Begutachtung zugehen lassen. Manche Verordnung würde wahrscheinlich eine andere Fassung erhalten und auch Härten verloren haben, wenn die im RWR vertretenen Sachverständigen der Wirtschaft (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) und der Konsumenten vorher hätten ihr Gutachten abgeben können.

Der Reichskanzler stimmte den Darlegungen der beiden Vorsitzenden im allgemeinen zu und stellte in Aussicht, daß der Wunsch des RWR erfüllt werden wird.

Und wir haben gar nicht erst die KPD gefragt, ob unser Vertreter mit Schleicher sprechen darf.

Die Ahnfrau und der Kapitalsozialismus.

In den alten Schlössern spukt bekanntlich die Ahnfrau und beunruhigt von Zeit zu Zeit die neue Generation. Ebenso spukt die politische Ahnfrau „Herrenklub“ durch ihren Geist Papen in den Regierungsgeschäften umher. Papen ist am hellen Tage (oder bei Nacht?) Herrin Schleicher erschienen, und dadurch ist auch die Margarine-Butter-Geschichte verständlich. Die Papensche Regierungskunst bestand vorwiegend darin, das ganze Volk gegen die Regierung in Stellung zu bringen, und das ist bekanntlich beim „Beimischungszwang“ auch glänzend gelungen. Aber solche Kunststücke kommt dann die Regierung unter Umständen selbst zu Fall. Wenn also Papen der Inspirator für den Butterbeimischungszwang gewesen ist, so kann diese Inspiration nur den Zweck haben, Schleicher zur Strecke zu bringen.

Zu diesem Zweck hat Papen sich auch mit dem Führer der aufbauwilligen Mörder unterhalten, nämlich mit Hitler, dem Oberkommandierenden der Kapitalsozialisten. Hitler hat also mit seinem Todfeind Papen Zwiegespräche gehalten. Die Nazipresse schämte sich dessen und leugnete. Der „Angriff“ z. B. schrieb:

„... so würde es eine Beleidigung der nationalsozialistischen Bewegung und in erster Linie ihres Führers Adolf Hitler sein, diesem Verhandlungen mit Papen oder auch nur die Absicht dazu zuzutrauen.“

Einige Tage später erhielt der „Angriff“-Chefredakteur eine schallende Ohrfeige von seinem Oberosaf Adolf Hitler:

„Gegenüber unrichtigen Kombinationen, die in der Presse über das Zusammentreffen Adolf Hitlers mit dem früheren Reichskanzler v. Papen vielfach verbreitet werden, stellen die Unterzeichnenden fest, daß die Besprechung sich ausschließlich mit den Fragen der Möglichkeit einer großen nationalen politischen Einheitsfront befaßt hat, und daß insbesondere die beiderseitigen Auffassungen über das zur Zeit amtierende Reichskabinett im Rahmen dieser allgemeinen Aussprache überhaupt nicht berührt worden sind.“

gezeichnet: Adolf Hitler. v. Papen.

Ist das nicht schon gezeichnet? Die Hereingefallenen sind — wie immer — Hitler und Goebbels. Die Sache ist um so unangenehmer, als sich der Judenfreier Hitler mit Papen im Hause des Bank- und Börsenfürsten Baron v. Schroeder in Köln, Mitinhaber der arischen Firmen Stein und Levy, Salomon und Oppenheim, getroffen hat.

Außerdem: Die nationalsozialistische Kreisleitung für Hagen hat vor der letzten Reichstagswahl ein Flugblatt gegen Papen herausgebracht mit der Überschrift 2 x 2 = 4 und mit der Unterschrift Heinrich Veitner. Auf diesem Flugblatt konnte man lesen: „Papen: das heißt deutschnationale Reaktion. Ventschnationale Reaktion heißt: Entrechtung, Dreiklassenwahlrecht, Fronddienst, Klassenkampf, Unfähigkeit, Verächtlichung der Wirtschaft, Arbeitslosigkeit, Massenelend, Volkswidrigkeit!“

Arme Naziproleten, wo führt euch euer Führer hin? Das sind recht dunkle Wege, die euer Oberosaf geht.

Unternehmergelder für Hitlers Mordgesellen.

Die Nationalsozialistische Partei Werdau, Franzenh und Umgebung empfindet es schmerzlich, daß viele Fabrikanten die Lohnabzüge jetzt dem Stahlhelm zukommen lassen, statt wie früher der KPD. Vielleicht sind die Herren Unternehmer verärgert, weil die Nazis noch nicht alle Marxisten gefestigt haben. — er die Zurückziehung durch den Industrieverein (Unternehmervereinigungen) hat die KPD, ihrem Haupt in der Presse Ausdruck gegeben. Darauf antwortete im „Franzenher Tageblatt“ Nr. 263 vom 15./16. November 1932 ein Unternehmer wie folgt:

„In einem Eingeklämmt, unterzeichnet mit „Preßeflecke der KPD“, regt sich diese über die Unterstützung der Stahlhelmsache durch den Industrie-Verein, bzw. durch Werdauer Fabrikanten auf.“

Wegen dieser Anklage sei daran erinnert, daß bei Gründung des hiesigen Parteikomitees der KPD, die Leitung der Ortsgruppe der Partei bei den am Sonntag im Eingeklämmt (und außerdem in einem Flugblatt) geschmähten Fabrikanten und Mitgliedern des IV, wurde. Summe für die Entziehung des Heims und Unterstützung der Partei einflussreiche. Demals konnte man sich auch nicht, die Wirtschaften von Stahlhelmsameraden im IV, für die Zwecke der Partei in Anspruch zu nehmen. Dem Vank dafür eraten die Stahlhelmer jetzt durch die schamlosen Beschimpfungen prominenter Mitglieder der KPD. Weiterhin nahm die Werdauer Parteileitung zur Reichstagswahl ebenfalls Geldmittel für die Anker des Wahlkampfes von Mitgliedern des Industrie-Vereins an.

Heute werden Leute, weil sie die soziale Tat des Stahlhelms“ unterfragen, von den Parteibonzen der KPD mit Dreck beworfen, aber vorher waren sie gut genug dazu, Geld für die Partei herzugeben. Als „berufene Vertreterin“ der Volksgemeinschaft verfehlt es die KPD, hervorragenden Arm in Arm mit den Kommunisten, Sah und Intelekt in deutschen Volke zu sein.

Damit hat also wiederum erneut ein Unternehmer festgestellt, daß die Nazis für ihre Arbeitermorde von den Unternehmern bezahlt wurden und werden. Und diese Unternehmer sollen sich nur nicht einbilden, daß sie besser seien als die von ihnen bezahlten Arbeitermörder. Sie sind ebensogut Verbrecher wie die Mörder selbst. „Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist.“

Von der Firma „Nazi u. Kozj“.

Im Bergarbeiterstädtchen Hohenmölsen (im Kohlenrevier Zeiß-Weißenfels) haben die Kommunisten sich bei der Wahl des Bürgermeisters gegen den Sozialdemokraten und für den Nationalsozialisten entschieden. Die Arbeiterchaft von Hohenmölsen muß sich also jetzt von einem Nazi regieren lassen.

In Chemnitz ist es umgekehrt. Dort haben die Nazis für den Kommunisten gestimmt, um die Kandidatur des Sozialdemokraten zu verhindern. Chemnitz hat also jetzt einen kommunistischen Bürgermeister von Nazis Gnaden.

Nazi und Kozj sind die Zerstörer der Arbeiterbewegung, sie sind die Helfer der Kapitalisten.

„Welcher kommunistische Esel hat denn das wieder geschrieben?“

Es genügt nicht, daß ein Spitzbube gemein ist. Will er auf seinem ureigensten Gebiete, nämlich dem der Lumperei, erfolgreich sein, dann muß er ein Mindestmaß von Schlaueit besitzen. Ist er dämlich, dann fällt er regelmäßig herein. So ergoht es nämlich den Journalisten der KPD-Presse.

Diese Tierbe des Journalismus im 20. Jahrhundert hat sich vorgenommen, die Arbeiterbewegung zugrunde zu richten. Gegenwärtig ist wieder einmal der Fabrikarbeiterverband an der Reihe. Da wird zunächst am Kopfe eines Artikels, der durch die KPD-Presse läuft, und der die Überschrift „Fabrikarbeiter“ trägt, an den Beschluß des 12. Ekli-Plenums (das heißt auf Kommando Russlands) erinnert; wonach „die Verjagung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und die Eroberung der Ortsorganisationen, der einzelnen Verbände sowie der Ortskartelle“ zu erfolgen habe. Um dieses Ziel zu erreichen, muß natürlich den Mitgliedern unseres Verbandes gezeigt werden, wach verworfene Menschen die Funktionäre und Angestellten unseres Verbandes sind, woraus sich dann ohne weiteres die Schlussfolgerung ergibt, wach edle Charaktere die KPD-Schwindler sind, und daß sie die geeigneten „Führer“ sind.

Obwohl unser Verband alle Vierteljahre im Verbandsorgan jedem Einzelmitglied Rechnung vorlegt und in jedem Jahrbuch detailliert Auskunft gibt über Einnahmen und Ausgaben, glaubt der kommunistische Schribisar unseren Mitgliedern den Nachweis erbringen zu müssen, wie mit ihren Beiträgen gewirtschaftet wird, natürlich zum Nachteil der Mitglieder. Die Darlegungen in der Kommunistenpresse erbringen tatsächlich den Beweis, was ein Mensch mit schmutzigem Charakter aus einer guten Sache zu machen versteht.

Also der edle KPD-Schreiber wirft sich auf die Jahresabrechnung unseres Verbandes, aber nicht etwa die von 1931, nein, die von 1930 muß es sein, weil sie seinen unsauberen Plänen besser entspricht. Wir zitieren wörtlich aus der KPD-Presse bzw. aus der „Neuen Arbeiter-Zeitung“ Nr. 7 vom 8. Januar 1933, dem hannoverschen Blatt:

„Tatsachen und Zahlen beweisen.“

Wenn wir uns aber zum Beispiel die Berichte des Fabrikarbeiterverbandes ansehen, so stellen wir fest, daß von einer gewerkschaftlichen Kampforganisation keine Rede sein kann. Das beweist ein kurzer Einblick in die Ausgaben des Verbandes nach dem Jahresbericht von 1930, der vorliegt:

für Gehälter, Entschädigung an Kassierer 4 061 867 Mk.
für sachliche Verwaltung 1 212 351 Mk.
für Streiks 28 799 Mk.

Lauf Kassenerbericht des Hauptvorstandes wurden bei einer Gesamtausgabe von 14 Millionen Mark nur 25 900 Mk. für Streiks, Streikverhandlungen usw. ausgegeben.

Aber das Vermögen des Fabrikarbeiterverbandes beträgt nach demselben Jahresbericht 11 Millionen Mark und besteht aus:

Effekten (Wertpapieren) 6 958 988 Mk.
Beteiligung an Unternehmungen 1 547 336 Mk.
Hypotheken 1 027 417 Mk.
Hausgrundstücken 1 731 047 Mk.

Die Effekten bestehen zum großen Teil aus Aktien privater Großbetriebe. So besitzt der Fabrikarbeiterverband eine große Anzahl Aktien der J.-G. Farbenindustrie und auch Conti-Aktien.

Kalten Blutes schreibt der Bursche in seiner Einleitung von den Ausgaben des Fabrikarbeiterverbandes. Dabei nimmt er nur die Ausgaben der Lokalkassen, weil er diese für seine Zwecke besser rechtfertigen kann als die entsprechenden Ausgaben der Hauptkasse, die er einfach ignoriert. Daß die Hauptkasse und nicht jede Lokalkasse die Streikunterstützung zahlt, weiß der Mann nicht. Oder waren ihm die Zahlen im Hauptkassenbericht zu hoch? Die Zahlstellen haben lediglich in bestimmten Fällen Zuschüsse zur Streikunterstützung gezahlt. Daß der ehrliche Bruder von den 10 1/2 Millionen Mark für Unterstützungszwecke aus der Hauptkasse ebenso wenig redet wie von den 575 000 Mk. Sonderunterstützungen aus den Lokalkassen, ist natürlich nur Zufall und hat mit den Charaktereigenschaften des kommunistischen journalistischen Hochkapitlers nichts zu tun.

Die Gesamtausgaben der Hauptkasse, sagt unser Esel oder Schwindler, betragen 14 Millionen Mark. Tatsächlich betragen sie nach Abzug des Vermögens- und Kassendefizites

2 1/2 Millionen Mark. Auf Schwindel oder Dummheit beruhen auch die Angaben über die Ausgaben der Hauptkasse für Streiks in Höhe von 28 799 Mk. Nachher im Text wird dieser Betrag für Streiks und dazu Streikverhandlungen sogar niedriger; sie betragen nur noch 25 900 Mk. Was soll man nun zu solchem Unsinn sagen, wenn im Bericht der Hauptkasse deutlich zu lesen ist, daß die Ausgaben für Streiks 259 107 Mk. betragen? Das Vermögen des Verbandes gibt der Zahlenkünstler mit 11 Millionen Mark an, während es 14 Millionen Mark beträgt.

Der ganze Bericht des KPD-Journalisten scheint im „Tran“ geschrieben worden zu sein, und so erklärt sich auch die Bemerkung, daß „die Effekten zum großen Teil aus Aktien privater Großbetriebe“ bestehen. Wenn der Mann aber nicht betrunken war, als er das schrieb, dann hat er bewußt gelogen.

Und wenn der kommunistische Ketter der Gewerkschaften sagt: „Zahlen und Tatsachen beweisen“, so erwidern wir: „In diesem Falle — wie in anderen Fällen auch — beweisen die Zahlen nur, daß der KPD-Schreiber ein Dummkopf oder ein Halunke ist. Er hat die Wahl.“

Dann wollen wir auch feststellen: Wenn die Zahl der Streiks maßgebend wäre für die Güte einer Organisation, dann wäre die KPD die führende Organisation in Deutschland, aber Zahl und Art ihrer Streiks beweisen nur die Unfähigkeit der Führer. Ein Feldherr, der im Kriege so handeln würde wie die KPD, würde als Verbrecher abgeurteilt. Wir stellen an die KPD-Presse die Frage: Wo sind die Abrechnungen der KPD, und der KPD? Können ihr es wagen, so offen Rechnung abzulegen wie wir? Nein, das können ihr nicht, ihr habt zuviel zu verbergen.

Im „Proletarier“ Nr. 37 vom 10. September 1932 haben wir uns — wie schon öfter — mit der Demagogie Chemie-industrieller auseinandergesetzt, die sich auch jedes Jahr entkräften über die hohen Verwaltungsausgaben der Gewerkschaften. Dieselbe Demagogie kehrt auch jedes Jahr oder in gewissen Zeitabständen in der KPD-Presse immer wieder. Entweder die Unternehmerpresse stützt sich bei ihrer Lumperei auf die KPD-Presse oder umgekehrt. Oder sie werden beide vom gleichen Zeitungsschmuck beliefert.

Die KPD-Mitglieder können auf solche Führer und auf eine solche Verleumderpresse stolz sein, die bewußt fälschen und betrügen, um ein Pföschchen zu ergattern und dabei die Arbeiterbewegung zu zerstören. Man sollte solche Verleumder, wenn sie uns mit Genosse antreden, jedesmal ansprechen.

Die Schwindelerfolge der KPD.

KPD und KPD leben von der Dummheit ihrer Anhänger. Sieg auf Sieg erringt die KPD. Wenn der Herr Direktor einen KPD-„Führer“ nur anhört, so ist das ein Sieg. Wenn der Hund des Direktors am Toreingang den KPD-„Führer“ anpökt, so ist das ein Sieg. Und weil das so ist, deshalb konnte auch „Der Klassenkampf“, das KPD-Organ für den Bezirk Halle-Merseburg, in letzter Zeit über besonders viele Siege berichten. Das ist auch notwendig, denn jetzt finden so allerlei Wahlen statt, und da möchte doch manches Großmaul Bronze werden. Und weil nun „Der Klassenkampf“ (Kampf gegen die eigene Klasse) gar zu sehr läßt, insbesondere über Vorgänge in der Westfälisch-Anhaltischen Sprengstoff-AG, Fabrik Rejnisdorf (Wajag), deshalb hat der Betriebsratsvorsitzende am 10. Januar 1933 dem „Klassenkampf“ folgende Berichtigung geschickt:

„In der Nr. 4 des „Klassenkampfes“ vom 5. Januar 1933 berichten Sie unter der Überschrift „Erfolg in der Wajag erkämpft“ einige „Unrichtigkeiten“, die ich Sie entsprechend des Pressegesetzes § 11 bitte, zu berichtigen. In diesem Zusammenhang verweise ich auch noch auf die Berichte „Alarm in der Wajag“ (Cobnabbau und Maschinenentlastungen geplant) in Nr. 291 vom 16. Dezember 1932 und auf „Die Streikmobilisierung in der Wajag“ in Nr. 284 vom 20. Dezember 1932, in welchem auch einige solcher „Unrichtigkeiten“ vorkommen, und stelle folgendes fest:

Es ist in der Arbeiterratsitzung am 13. Dezember 1932 und auch in allen folgenden nicht von 500 Entlassungen gesprochen worden, wie Sie behaupten, sondern von 70.

Die Belegschaftsversammlung am 16. Dezember 1932 wurde auf Antrag des Betriebsratsvorsitzenden Wode in der Arbeiterratsitzung am 13. Dezember 1932 beschlossen, als in der Belegschaft von Entlassungen noch nicht im geringsten die Rede war, also konnte die Belegschaft auch nicht den von Ihnen behaupteten Druck auf den „brandleristischen“ Betriebsrat ausüben.

In der Belegschaftsversammlung hat kein KPD-Vertreter gesprochen, denn er wurde vom Vorsitzenden sofort hinausgewiesen, welches wiederum nicht die Polizei unterstützte, sondern der Wirt des Versammlungslokals.

Die vom Vorsitzenden Wode eingebrachte Entschlieung wurde mit allen gegen 3 Stimmen angenommen, also stimmten selbst die zuerst gegen die Entschlieung opponierenden KPD-Anhänger am Schluß für die von Wode eingebrachte „brandleristische“ Entschlieung.

Wenn also durch das Vorgehen der Belegschaft ein Erfolg erzielt wurde, so durch die Initiative des „Freigewerkschaftlichen Funktionärskörpers“ und nicht durch die KPD, die nur Verwirrung unter die Arbeiter brachte.

Grundsätzlich stellen wir fest, daß u. E. von einem Erfolg im Sinne des „Klassenkampfes“ überhaupt nicht gesprochen werden kann, da die Betriebsleitung nach wie vor an der Entlassung der 70 Kollegen und Kolleginnen festhält und die KPD, in der Wajag den wenigsten Einfluß hat, dieses zu verhindern.

Der Arbeiterrat.
Wode.“

KPD-Redakteur wegen Verleumdung bestraft.

Es gibt nichts Traurigeres, als Redakteur an einer kommunistischen Parteizeitung zu sein. Der Mann muß gegen Begabung durch den russischen Zartismus die deutsche freie Gewerkschaftsbewegung und ihre Führer verleumdern und mit Dreck bewerfen. Dazu eignet sich natürlich nicht jeder. Aber der Redakteur H a u p t von der kommunistischen „Arbeiter-Zeitung“ in Frankfurt a. M. läßt dieses Handwerk aus.

Jetzt mußte sich dieser Mann vor dem Schöffengericht verantworten wegen Verleumdung unseres Kollegen S c h e r e r, des Betriebsratsvorsitzenden der Kellnerbacher Kunstseidenfabrik. Das Gericht verurteilte den Redakteur wegen übler Nachrede zu 60 Mark Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfalle zu zwölf Tagen Gefängnis, und erkannte auf Publikationsbefugnis. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß der Angeklagte nicht in der Lage war, seine Behauptungen auch nur im geringsten zu beweisen. Der Artikel enthalte äble Nachreden, die man nicht mehr mit Parteisanatismus entschuldigen könne.

Ein Mann, der seit fünf Jahren in dieser wirtschaftlich schweren Zeit sich als Betriebsrat größter Mühe und Sachtlichkeit befleißigte, sei in unverantwortlicher und ungemein heftiger Art angegriffen worden.

Aus allen diesen Gründen habe man den Angeklagten verurteilen müssen. — Es ist ein schmutziges Gewerbe, kommunistischer Redakteur zu sein und fortgesetzt versuchen zu müssen, mit den erbärmlichsten Mitteln die Arbeiterbewegung zu zerstören.

Nationales Geschwäg.

„Arbeit und Brot“, das Organ der Werkvereiner, bringt in der Nummer 1 vom 7. Januar folgende von tiefer Weisheit zeugende Notiz:

Laßt Schornsteine rauchen!
Nationale Arbeiter gehören in die Werke und nicht arbeitslos auf die Straße.
Schafft Arbeit und Brot für den nationalen Arbeiter!

Arme „nationale“ Menschen! Wenn die deutsche Nation aus lauter Menschen mit solch engem Horizont des Denkens bestände, wäre sie heute ein bedauernswertes Volk. Glücklicherweise waren unsere größten Geister Weltbürger.

Aber wie ist es denn, ihr Werkvereiner, seid ihr nicht bereit, bei Ford in Köln, bei General Motors in Rüsselsheim usw. zu arbeiten? Wo arbeitet ihr lieber, bei einem „nationalen“ Unternehmer für 3 Mark je Tag oder bei einem englischen, amerikanischen oder asiatischen Unternehmer für 6 Mark je Tag?

Ganz sicher hat Grillparzer recht, wenn er sagt:

Ein Vorzug bleibt uns immer unverloren,
man preist ihn heut als Nationalität,
er sagt, daß irgendwo der Mensch geboren,
was freilich sich von selbst versteht. Grillparzer.

Landwirte und Verbrauchergenossenschaften.

Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine veröffentlicht in der Nummer 51 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ eine interessante Zusammenfassung über die Fortschritte in den Beziehungen zwischen Landwirtschaft und Konsumgenossenschaften. Während sich die Gesamtsumme der unmittelbaren von den Landwirten und ihren Genossenschaften bezogenen Erzeugnisse bei den Konsumvereinen des Zentralverbandes und ihrer Großverkaufsgesellschaft im Jahre 1930 auf 47 285 620 Mk. belief, ist sie im Jahre 1931 auf 69 258 516 Mk. gestiegen. Von diesem Betrag entfallen auf Bezüge von Einzelhandlwirten 40 217 870 Mk. und auf Bezüge von landwirtschaftlichen Genossenschaften 29 040 646 Mk. Im Jahre 1930 betragen die entsprechenden Zahlen 26 879 398 Mk. und 20 406 224 Mk. Die einzelnen Konsumgenossenschaften waren im Jahre 1930 mit 23 197 644 Mk. und im Jahre 1931 mit 44 530 284 Mk. an dem direkten Bezüge von Bedarfsgütern von den Landwirten und ihren Genossenschaften beteiligt, während der Restbetrag von 24 087 976 Mk. im Jahre 1930 und von 24 728 232 Mk. im Jahre 1931 auf die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine entfiel. Der verhältnismäßige Anteil des Bedarfsgüterbezugs von den Landwirten und ihren Genossenschaften betrug im Jahre 1930 2,6 Prozent des Gesamtumsatzes der Konsumgenossenschaften und hat sich im Jahre 1931 auf 5,7 Prozent mehr als verdoppelt. Hierin kommen die ständigen Bemühungen beider Teile, miteinander stärker als bisher Fühlung zu nehmen, deutlich zum Ausdruck. Wenn der Anteil der Landwirtschaft an den Bezügen der Konsumgenossenschaften absolut auch verhältnismäßig gering erscheint, so ist doch zu beachten, daß bei weitem nicht alle Bedarfsgüter, die von den Konsumgenossenschaften verteilt werden, landwirtschaftliche Artikel sind, sondern daß ein großer Teil der von den Konsumgenossenschaften benötigten Waren überhaupt nicht von den deutschen Landwirten geliefert werden kann. Ferner ist zu beachten, daß nur 312 Konsumgenossenschaften statistisch erfasst wurden und daß gerade bei den nicht berücksichtigten kleineren Genossenschaften oft recht enge Beziehungen zur Landwirtschaft bestehen. Vergewärtigt man sich diese Tatsachen, so ist der Anteil der Landwirtschaft an den Lieferungen für die Konsumgenossenschaften immerhin schon recht erheblich, wenn auch zugegeben werden muß, daß er sich durch eine intensive Zusammenarbeit noch bedeutend steigern ließe.

Die Kulturreaktion im Rundfunk.

Gegen die Reaktion im deutschen Rundfunk wendet sich besonders das neue Heft des „Volksfunk“, das gleichzeitig große Kundgebungen der Freien Funk-Zentrale und des Sozialistischen Kulturbundes ankündigt. Vom Rundfunk in den Vereinigten Staaten, besonders über den Sozialistischen Sender in New York, wird in Wort und Bild in demselben Heft Interessantes mitgeteilt. Ein weiterer Weltausschnitt stammt aus der dänischen Umgebung von Vat und Patachon, deren Kinofreunde hier Näheres über diese bekannten Filmstarke erfahren. Zeitgemäß ist auch der Bericht über den freiwilligen Arbeitsdienst, den eine Reihe von Bildern aus den Lagern schmücken, die aus der freien Arbeiterbewegung entstanden sind. Der Bastler findet Anleitung zum Bau eines billigen Zwei-Nöhren-Gerätes und eines Theremin-Musik-Apparates. Der beliebte Musik-Kursus ist fortgesetzt, während der Sportler eingehend über das Tischtennispiel unterrichtet wird. Für die Frauen bringt das Heft neben dem beliebtesten Roman Anweisungen zur Selbstherstellung schöner und doch preiswerter Wolltassen, viele Haushaltsmotive u. a.; für die Kleinen eine Kinderrezepte und für große Spieler Schach, Skat und Rästelraten, natürlich auch die aktuellsten Bilder vom Tage. Regelmäßige Leser sind gleichzeitig ohne besondere Kosten der Geräteversicherung angeschlossen. Auf vielfachen Wunsch wird neuerdings besonders das Programm des Silberjubiläum-Arbeiterfests ausführlich gebracht. Der „Volksfunk“ kann durch jede Postanstalt oder Buchhandlung zum Preise von 96 Pfennig monatlich, frei Haus bezogen werden, wie auch durch den Volksfunk-Verlag, Berlin SW 68, der auf Wunsch Probehefte kostenlos sendet.

Aus den Versicherungsbedingungen der Volksfürsorge.

Die günstigen Versicherungsbedingungen der Volksfürsorge sind bekannt und haben dazu beigetragen, das Vertrauen zu dieser Versicherungsgesellschaft der Werktätigen zu stärken. Besonders beachtenswert ist, daß die Volksfürsorge schon seit Jahren Sonderbedingungen für Unfalltod eingeführt hat. Es heißt darüber u. a. in ihren Versicherungsbedingungen:

„Stirbt der Versicherte während der Versicherungsdauer nach Vollendung des sieben Lebensjahres infolge eines Unfalles, so wird die Versicherungssumme doppelt ausbezahlt, sofern die für diese Mehrleistung der Volksfürsorge geschäftsplanmäßig vorgeschriebene monatliche Mindestprämie von zwei Reichsmark entrichtet worden ist.“

Für die arbeitende Bevölkerung ist diese Bestimmung sehr beachtenswert, weil die Unfallgefahr trotz aller Vorsichtsmaßnahmen

noch immer sehr groß ist, was auch alljährlich die Berichte der Berufsgenossenschaften ausweisen. Sehr oft sind die Hinterbliebenen bar aller Mittel, weil Unfälle, wie man zu sagen pflegt, über Nacht kommen.

Jeder kann den materiellen Auswirkungen solcher Ereignisse bestens durch eine Lebensversicherung bei der Volksfürsorge entgegenwirken, braucht sich also nicht irgendeines angelegenen fragwürdigen Versicherungsschlusses zu bedienen. — Die Rechnungsstellen der Volksfürsorge erteilen über Versicherungsbedingungen und Abschlüsse bereitwillig und unverbindlich Auskunft.

Ein Geschenk an Hindenburg.

Industrielle und Junker haben dem Reichspräsidenten Hindenburg das Gut Neudeck (bekannt durch die Notverordnungen) gekauft und geschenkt als Dank. Der Besitz ist auf den Sohn des Reichspräsidenten überschrieben. Die Sache geht uns weiter nichts an, aber die Herren Industriellen sollen nicht versuchen, die dafür aufgeführten Beträge durch Lohnabzüge hereinzuholen, wie sie ja alle möglichen Extravaganzen auf die Arbeiterschaft abwälzen. Mit einem Teil der Lohnabzüge besolden sie z. B. das nationalsozialistische Verbrechertum.

Chemische Industrie

Schon wieder eine Explosion in Premnitz.

In der Nr. 51/1932 des „Proletarier“ haben wir über die furchtbare Explosionskatastrophe im J.-G.-Farben-Betrieb Premnitz berichtet, die 13 Tote zur Folge hatte, und schon wieder kommt die Meldung, daß im gleichen Betrieb am 10. Januar in der Pumpstation der Seifenfabrikation ein Behälter mit Kohlenstoff zur Explosion kam. Ein Arbeiter wurde schwer, zwei wurden leichter verletzt.

Der Schlosser Friedrich, der dort zu tun hatte, wurde schwer verletzt ins Rathenower Krankenhaus eingeliefert.

Dieses Unglück trifft die Familie des Friedrich um so schwerer, als vor drei Jahren der Vater Friedrichs im Schwefelkohlenstoffbetrieb des Werkes tödlich verunglückt war.

Wäre der Schwefelkohlenstoff zur Entzündung gekommen, so müßten wir heute wieder über ein Leichensfeld berichten. Was ist eigentlich in diesem Betriebe los? Da muß doch etwas nicht stimmen.

Papier-Industrie

Krise im Verband Deutscher Tapetenfabrikanten?

Es gibt unter dem „zentral“ organisierten Unternehmertum der deutschen Tapetenfabrikation zwei Richtungen, und zwar:

- A. den Tapetenfabrikantenverein in Berlin (wirtschaftliche Organisation), den Arbeitgeberverband der Papier verarbeitenden Industriellen, Fachgruppe: Tapeten- und Buntglasfabrikation (Api);
- B. den Verband Deutscher Tapetenfabrikanten (wirtschaftliche Organisation), den Arbeitgeberverband der Deutschen Tapetenindustriellen.

Daneben ist mindestens noch ein Drittel der Tapetenfabrikanten vorhanden, die keiner der beiden Richtungen angehören.

Der Api hat zwar ein oder zwei Mitglieder, die wirtschaftlich dem Verband Deutscher Tapetenfabrikanten angehören. Umgekehrt gehört kein Mitglied des Verbandes Deutscher Tapetenfabrikanten dem Api an.

Rein wirtschaftlich betrachtet besteht zwischen beiden Gruppen folgender Unterschied:

Der Tapetenfabrikantenverein setzt für seine Mitglieder nur die jeweiligen Verkaufspreise (Richtpreise) fest, läßt ihnen aber andererseits im Absatz und Verkehr mit den Händlern freie Hand.

Dagegen steht der Verband Deutscher Tapetenfabrikanten mit dem Hauptverein Deutscher Tapetenhändler in einer Art Syndikatsverhältnis. Er vereinbart mit dieser Tapetenhändlerorganisation Treuarbäte, Absatzprämien und Konventionalstrafen, verpflichtet andererseits seine Mitglieder, nur an verbandstreuere Händler zu liefern.

Die dritte Gruppe der Fabrikanten — der unorganisierte Teil — liebt den freien Wettbewerb, verzichtet auf jede Preis- und Absatzbindung und versucht zum Teil seine Erzeugnisse durch Errichtung von eigenen Ladengeschäften in größerer Anzahl selbst abzusetzen.

Sozialpolitisch gesehen besteht folgender Unterschied:

Der Api und der Tapetenfabrikantenverein sind reichstarriffreundlich. Der Api wird deshalb heute nicht nur vom Arbeitgeberverband der Deutschen Tapetenindustriellen und dem Allgemeinen Arbeitgeberverband der Papierverarbeitung — einer Zwergorganisation, gegründet durch die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände —, sondern auch von den Spitzenorganisationen der sogenannten deutschen Wirtschaft bekämpft.

Dagegen ist der Arbeitgeberverband der Deutschen Tapetenindustriellen, dem — wie bereits erwähnt, bis auf höchstens zwei — die Mitglieder des Verbandes Deutscher Tapetenfabrikanten angehören, starkreaktionär. Er bekämpft den Reichstarriffvertrag und seine Allgemeinverbindlichkeit und schreibt seinen Mitgliedern den Abschluß von Betriebsvereinbarungen vor. Da er selbst nur ein Schattensein für, überläßt er den Abschluß dieser Betriebsvereinbarungen den örtlichen Arbeitgeberverbänden und zwingt dadurch seine Mitglieder in diese.

Die dritte Gruppe — die sogenannten freien Fabrikanten — erkennt fast ausnahmslos den Reichstarriffvertrag einzeln an, zumal der größte Teil dieser Unternehmer einen großen Wert auf Arbeiterkundschaft legt, der sie unter Ausschaltung jeden Zwischenhandels durch die eigene Absatzorganisation ihre Erzeugnisse zuführen versuchen.

Nach dieser die Tendenz der einzelnen Unternehmergruppen zeichnenden Einleitung kommen wir zum eigentlichen Thema.

Nach der Auffassung des Verlegers und Schriftleiters der Fachzeitschrift „Die Tapete“ kriselt es im Verband Deutscher

Tapetenfabrikanten „dreimal“. Sallmann begründet dieses in seinem Weihnachtsartikel: „Ein Weihnachten mit Hoffnungen für 1933“ folgendermaßen:

1. Kranke Fabriken bleiben beim Verband, weil sie in der gemeinsamen Organisation noch die einzig mögliche Stütze in ihrer Not sehen.

2. Fabriken der notgedrungenen Umstellung oder der Neueinstellung trennen sich vom Verband, um in ungehinderter Bewegung ihr besseres Heil zu suchen.

3. Etwa ein gutes halbes Duzend Verbandsfabriken wollen auch weiter den Stock der Organisation bilden, da sie darin die lukrativere Tätigkeit bei der treuen Hauptverlehnkundschaft glauben erwarten zu können.

Wenn besonders die unter Ziffer 3 von Max Sallmann gemachten Angaben richtig sind, dann ergibt sich folgendes Bild:

Nach einer Eingabe des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes der Deutschen Papierverarbeitung vom 23. September 1931 umfaßte diese Gruppe damals 18 Firmen. Legt man diese Zahlen zugrunde, dann wären 12 Mitglieder oder rund 66 Prozent der gesamten Mitgliedschaft fahnenflüchtig geworden. Und damit hätte der Rest von sechs Mitgliedern zwei in der Grolmannstraße 5—6 in Charlottenburg dominierende Syndiz zu ernähren.

Sallmann weiß noch einige erbauliche Dinge zu erzählen. So soll eine Fabrik des Verbandes Deutscher Tapetenfabrikanten „wegen Übertretung in eine Strafe von 25 000 Mk. genommen sein“.

Fabriken des Verbandes Deutscher Tapetenfabrikanten „mit seit Jahr und Tag stillliegenden, ja teilweise schon verrosteten Maschinen“ sollen „bei Abstimmungen oder Zusellungen eine ärgerliche Rolle gespielt“.

Praktisch bedeutet das das Ende des Verbandes Deutscher Tapetenfabrikanten, wenn diese Angaben von Max Sallmann den Tatsachen entsprechen.

Damit dürfte es aber auch im Arbeitgeberverband Deutscher Tapetenindustrieller kriseln. Bei seiner Mitgliedsunion mit dem Verband Deutscher Tapetenfabrikanten erscheint eine solche Entwicklung unausbleiblich.

Der Fall zeigt aber wieder einmal deutlich, daß die Unternehmer, die keine Tarifstreue kennen, am liebsten den Kostenfaktor Arbeitslohn ganz einsparen möchten, auch in ihrer Arbeitgeberverbandsstreue nicht immer recht gefestigt sind.

Die Arbeiterschaft der Tapetenindustrie kann diese Entwicklung nur begrüßen; ihr kann es recht sein, wenn sich die Scharfmacher und Reaktionen in der Tapetenfabrikation gegenseitig aufressen. Mit dem Rest werden die Gewerkschaften — wenn die Tapetenarbeiter ihrer Organisation die Treue bewahren — schon fertig werden. — G. Stähler.

Nahrungsmittel-Industrie

Die Zuckerindustrie im Jahre 1932.

Das Jahr 1932 brachte für die Zuckerindustrie wenig Ertrüliches. Nachdem im März 1931 die Zuckerkontingentierung durchgeführt war, fand eine erhebliche Einschränkung bei der Zuckererzeugung statt. Diese starke Einschränkung konnte nicht ertragen, daß die großen Bestände auf dem deutschen Zuckermarkt wesentlich verringert wurden. Die Entwicklung der deutschen Zuckererzeugung in den Vorkriegsjahren, verglichen mit der Vorkriegszeit, folgt nach einigen Stichjahren folgendes Bild:

Jahr	Zahl der Rübenzuckerfabriken	Verarbeitete Rübenmenge in 1000 dt	Je Betrieb in 1000 dt	Zuckererzeugung (Rohzuckerwert) in 1000 dt
1913/14	341	169 400	496,7	27 159
1919/20	260	47 962	184,7	7 019
1922/23	263	93 064	355,9	14 551
1926/27	251	106 589	424,7	16 473
1930/31	233	158 922	682,1	25 400
1931/32	216	94 142	435,8	15 948
1932/33*	200	64 785	323,9	10 545

Die Zahlen zeigen, daß wir im Jahre 1919/20 infolge des Krieges mit unserer Zuckererzeugung auf rund 7 Millionen Doppelzentner zurückgegangen waren. In den folgenden Jahren hat sich die deutsche Zuckerindustrie dann sehr gut entwickelt. Mit dem Jahre 1930/31 erreichten wir eine Produktion von 25,4 Millionen Doppelzentner. Auf das kleinere Deutschland gerechnet hatten wir damit die Vorkriegsproduktion nicht nur erreicht, sondern um etwas überholt. Neben der deutschen Zuckererzeugung war auch die Zuckererzeugung in der ganzen Welt sehr stark gestiegen. Das führte zu einer großen Überproduktion auf dem Weltmarkt. Deutschland erzeugte 1930/31 rund 25,4 Millionen Doppelzentner. Selbst verbrauchen wir aber nur rund 16 Millionen Doppelzentner. Der Rest sollte der Ausfuhr dienen. Die Überproduktion auf dem Weltmarkt brachte aber eine starke Preislenkung auf dem internationalen Zuckermarkt mit sich. Die deutsche Zuckererzeugung ist durch einen Höchstpreis im Zollgesetz geschützt. Die Ausfuhr erfolgte zu Weltmarktpreisen. Da diese viel niedriger waren als der deutsche Inlandszuckerpreis, erforderte die Ausfuhr große Zuschüsse, die von der Industrie bzw. von der deutschen Wirtschaft getragen werden mußten. Die Ausfuhr ging daher erheblich zurück.

Auf Grund einer internationalen Vereinbarung wurde eine Regelung der Ausfuhr getroffen, wonach Deutschland zunächst fünf Millionen Doppelzentner ausführen sollte. Diese Ausfuhr hat Deutschland nicht ausgenutzt. Der internationalen Regelung folgte dann die Kontingentierung der Zuckererzeugung, und diese brachte im Jahre 1931/32 einen Rückgang bei der Produktion von 25,4 auf 15,7 Millionen Doppelzentner. Dieser Rückgang sollte eine Entlastung des deutschen Zuckermarktes bringen. Die Entlastung trat nicht ein; im Gegenteil, die Bestände stiegen weiter an. Zuckerablag, Zuckererzeugung und Bestand auf dem deutschen Zuckermarkt haben sich seit dem Jahre 1930/31 wie folgt entwickelt:

	1931/32	1930/31	1929/30
Bestände am 1. September	7 363 230	3 070 995	2 318 950
Erzeugung im Sept./August	15 948 108	25 474 512	19 847 546
Einfuhr im Sept./August	193 048	169 160	272 661
Verbrauch im Sept./August	23 504 384	28 714 667	22 439 157
	14 833 188	16 566 276	16 548 655
	9 021 196	12 148 391	5 890 562
Ausfuhr im Sept./August	1 185 575	4 314 582	2 608 996
Vergällter Zucker (geschätzt)	437 547	331 415	—
	7 398 074	7 363 230	3 070 995

Danach hatten wir Ende 1929/30 in Deutschland einen Bestand von rund 3,07 Millionen Doppelzentner. Das Zuckerjahr schließt wie die Tabelle zeigt, jeweils Ende August ab. Im Herbst 1930 hatten wir eine Zuckererzeugung von 25,4 Millionen Doppelzentner. Der Verbrauch in Deutschland betrug 1930/31 aber nur 16,6 Millionen Doppelzentner. Wir hatten mithin einen Erzeugungüberschuß von 9 Millionen Doppelzentner. Der Bestand

* Die Zahlen für 1932/33 beruhen auf vorläufigen Schätzungen des Vereins der Deutschen Zuckerindustrie. Die tatsächlichen Zahlen käufte nicht viel abweichen.

schmilft also in diesem Jahr stark an. Er betrug zu Beginn des Jahres 1931/32 = 7,36 Millionen Doppelzentner. Die starke Reduzierung infolge der Kontingentierung sollte im Jahre 1931/32 eine Entlastung des Zuckermarktes bringen. Die Schlusszahl am Ende des Jahres 1931/32 zeigt, daß diese Entlastung nicht eingetreten ist. Wo liegen die Ursachen hierfür?

Im Frühjahr 1931 wurde die Zuckerkontingentierung durchgeführt. Anstatt nun alle Hebel anzusetzen; um den inländischen Verbrauch zu steigern, damit die Erzeugung nicht allzu stark gedrosselt zu werden braucht, ist das Gegenteil gemacht. Zunächst hat schon die Regierung Bräunung und dann die Regierung Papen durch gesetzgeberische Maßnahmen die Löhne stark gedrückt. Die Kaufkraft ist infolge des Lohnendrucks und infolge der tiefsten Arbeitslosigkeit stark gesunken. Dazu kommt für die Zuckerwirtschaft folgendes: Im Juni 1931 wurde die Zuckersteuer von 10,50 Mark je Doppelzentner auf 21,00 Mark erhöht. Die Erhöhung der Umsatzsteuer wirkte sich ebenfalls aus, und so stieg der Zuckerpreis je Pfund um 6 bis 7 Pfennig. Sinkende Kaufkraft und steigender Preis für ein so wichtiges Nahrungsmittel mußten sich zu einem Abwärtsrückgang auswirken. Die Tabelle 2 zeigt dann auch, daß der Zuckerverbrauch, der im Jahre 1929/30 rund 16,54 Millionen Doppelzentner betrug, auf 14,48 Millionen Doppelzentner im Jahre 1931/32 gesunken ist. Dieser starke Rückgang im Zuckerverbrauch konnte vermieden werden, wenn die Kaufkraft der Masse nicht so gewaltig gedrosselt und wenn nicht dazu noch der Zucker durch Erhöhung der Steuer extra verteuert worden wäre.

Dieser Verbrauchsrückgang hatte zur Folge, daß der Rübenanbau im Jahre 1932 wieder stark eingeschränkt wurde. Die Rübenverarbeitung betrug in der letzten Kampagne nur rund 64,8 Millionen Doppelzentner gegen rund 94,1 Millionen Doppelzentner im Vorjahre. Dementsprechend sank auch die Zuckererzeugung. Sie betrug in der Kampagne 1931/32 noch 15,9 Millionen Doppelzentner und wird für die jetzige Kampagne auf 10,5 Millionen Doppelzentner geschätzt. Vom höchsten Stand der Zuckererzeugung der Nachkriegszeit im Jahre 1930/31 sind wir also von 25,4 Millionen auf 10,5 Millionen Doppelzentner oder um rund 15 Millionen Doppelzentner heruntergegangen. Das sind rund drei Fünftel der Produktion von 1930/31. Es gibt wohl kaum einen Industriezweig in Deutschland, der einen derartig starken Rückgang bei seiner Produktion innerhalb 2 Jahren zu verzeichnen hätte. Die Folge dieses Rückganges hat sich durch weitere Betriebseinstellungen ausgewirkt. Im letzten Sommer sind 16 Betriebe stillgelegt worden. Dazu ist die Verarbeitungsleistung für die arbeitenden Betriebe im Durchschnitt je Betrieb von 435 300 Doppelzentner auf 323 900 Doppelzentner gesunken. Nicht die Hälfte der Rübenmenge, die 1930/31 je Betrieb verarbeitet wurde, wurde in der letzten Kampagne je Betrieb erreicht. Also weitere Stilllegungen von Betrieben und verkürzte Arbeitszeit in den arbeitenden Betrieben waren die Folge der verfehlten Lohn- und Zuckerpolitik im letzten Jahre.

Wie wird nun das kommende Jahr aussehen? Die Zuckererzeugung beträgt in der jetzt ablaufenden Kampagne schätzungsweise 10,5 Millionen Doppelzentner. Der Verbrauch betrug im letzten Jahre 14,5 Millionen Doppelzentner. Bleibt der Verbrauch im laufenden Jahre auf der gleichen Höhe, dann wird der Bestand um rund 4 Millionen Doppelzentner verringert werden. Wir würden dann, vorausgesetzt, daß eine Zuckerausfuhr nicht stattfindet, am Ende des Zuckerjahres noch rund 3 Millionen Doppelzentner Vorräte haben. Steigt der Verbrauch im laufenden Jahre, verringern sich die Vorräte noch mehr. Ruht die Zuckerindustrie ihre Ausführungsquote auch nur halb aus, dann haben wir am Ende des Zuckerjahres 1932/33 große Vorräte nicht mehr. Das würde die Möglichkeit bieten, im nächsten Frühjahr den Rübenanbau zu steigern und die Zuckererzeugung im nächsten Herbst ebenfalls zu erhöhen. Mit einem weiteren Rückgang der Zuckererzeugung ist im Herbst 1933 nicht zu rechnen, im Gegenteil. Soll der deutsche Bedarf gedeckt werden, dann ist eine Steigerung der Produktion zu erwarten. Im Interesse der deutschen Zuckerindustrie und im Interesse der deutschen Zuckerarbeiter wäre eine Steigerung bei der Produktion dringend erwünscht. Diese Steigerung kann gefördert werden, wenn alle verbraucherhemmenden Maßnahmen beseitigt werden. Dazu gehört in erster Linie die Aufhebung oder eine starke Ermäßigung der Zuckersteuer. E. Senkfeil

Berichte aus den Zahlstellen.

Frankfurt. Generalversammlung. Schwere Niederlage der kommunistischen Fraktion bei der Ortsverwaltungsverwahl. Nach Ehrung unserer beiden verstorbenen Mitglieder Georg Arnold und Joseph Krügel erfaßte der 1. Bevollmächtigte, Kol. R. King, den Jahres- und Geschäftsbericht. Er ging in seinem Vortrage auf die Wirtschaftskrise, ihre Ursachen und Folgen für die Arbeiterklasse ein und stellte an Hand statistischen Materials die Unfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsführung fest. Im Ringen um eine neue Wirtschaftsordnung zeigten die freien Gewerkschaften und unser Verband ihre Kraft und Bedeutung trotz aller politischen und sozialen Verwirrungen. Hat sich doch die Organisation mit besonderer Aktivität und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen alle Verschlechterungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung, des Arbeits- und Tarifrechts usw., welche uns die Notverordnungen gebracht haben, gewehrt. Zu den ständigen Verhältnissen übergehend, konnte er zu allgemeiner Befriedigung mitteilen, daß sich trotz sechsjähriger Betriebsstilllegung der Porzellan-Fabrik der Mitgliederstand, wenn er auch zahlenmäßig nicht wachsen konnte, gut gehalten hat. Die seit Jahren tätigen verantwortungsbewußten Verwaltungsmitglieder haben immer und stets versucht, die Auswirkung der Krise auf unsere Zahlstelle und unsere Mitgliedschaft zu mildern. Im Geschäftsjahr kamen 6280 Mk. an Unterstufungen zur Auszahlung. Sind doch von den 187 Mitgliedern 90 erwerbslos, dazu kommen 13 Kurzarbeiter und 32 Invaliden. Bei der Aussprache zum Jahresbericht erschien, wie gewohnt, das Mitglied W. Frister (KPD) auf dem Plan, um seine vorher aus dem „Echo“ angeführten demagogischen Behauptungen und Lügen gegen die freien Gewerkschaften anzubringen. An Hand rückendender, reichhaltiger Gemeindefakten war es unserem Bevollmächtigten, Kol. Hans Fechner, leicht, das sinnlose Geschwätz eines Triffers, der längst inaktiv ist, der Organisation gebröchen hat, zu widerlegen. Die Trifferscheiben haben die Ausführungen unseres Kollegen auf die kommunistischen Gemüter gewirkt. An der Tätigkeit der Ortsverwaltung selbst konnte er nicht die geringste Kritik über uns hören, wir keine Streiks geführt. Nach Ansicht der Kommunisten sollen wohl unsere Wahlkampfkämpfer zum Rentner werden und keine Unterstufe abgeben? Mit Recht wurde jede kommunistische Agitation durch Protestbriefe aus der Verbandsleitung zurückgewiesen. Anschließend gab der Kassierer, Kol. R. Dietrich, den Kassierenbericht. Im Punkt Kennzahl zu dem die bisher langjährig tätigen Bevollmächtigten durch Janus wieder in Vorschlag gebracht wurden, gab auch zugleich Frister, um den Anweisungen der KPD-Zentrale nachzukommen, eine mit schweren Gebührensachen präparierte Liste, auf der er sich selbst als 3. Bevollmächtigten aufgeführt hat, mit folgender Begründung: „Ich kann mit der Verwaltung nicht zufrieden sein, weil sie nicht gegen die Verbandsleitung ankämpft.“ In der Erkenntnis, daß zur Führung einer Verwaltungsstelle der Gewerkschaft organisatorische und verwaltungsmäßige Fähigkeiten Voraussetzung sind, wählte die Mitgliedschaft mit starker Mehrheit die jetzige Verwaltung wieder. Im Punkt Verschiedenes flogen die Pfeile, die man in persönlichen Satz gegen unsere Bevollmächtigten geschleudert hatte, wieder zurück. Kol. Dietrich nahm Gelegenheit, in scharfer, jedoch sachlichen Worten die Unfähigkeit einzelner Kandidaten der KPD-Fraktion nachzuweisen. Der Vorstandschoß die Jahresversammlung mit der Ermahnung, der Zahlstelle und unserer Organisation die Treue zu halten, und forderte auf zum nächsten Kampf im neuen Jahr! H. Fechner.

Bezirkszahlstelle Höhr-Grenzhausen im Eigenheim am Bahnhof. Die Sprechstunden sind vom 1. Januar 1933 an wie folgt geändert: Montags, Mittwochs und Donnerstags von 10 bis 12 Uhr und von 16 bis 18 Uhr. Dienstags, Freitags und Sonnabends von 8 bis 12 Uhr. Jeden Freitag von 8 bis 12 Uhr Auszahlung von Unterstufungen. Die Bezirksleitung.

Miesbach. Am Sonntag, dem 1. Januar 1933, fand die Jahresgeneralversammlung unserer Zahlstelle statt, die sehr gut besucht war. Der Bericht des Vorsitzenden wurde sachlich kritisiert. Gegen den Kassierenbericht erhob sich keine Einwendung. Zur Wahl der Ortsverwaltung wurde eine Vorschlagsliste eingereicht, die gegen drei Stimmen gewählt wurde. Die Versammlung nahm im Gegenseitig zu früher einen munteren Verlauf. Der Zahlstellenkassierer, Kollege Hans Oppenheimer, schied auf Grund seines hohen Alters — er ist 73 Jahre alt — aus der Zahlstellenverwaltung aus, in der er die Stelle des Zahlstellenkassierers 27 Jahre lang ehrenamtlich innehatte. Gemäß einer sehr langen Zeit, besonders wenn man bedenkt, welche kritische Zeiten wir seit 1914 erlebt haben. Oppenheimer verwaltete sein Amt mit einer seltenen Treue und Gewissenhaftigkeit; er hatte seine Sachen stets in peinlichster Ordnung. Daher gab es in Miesbach auch nie Differenzen in Kassenangelegenheiten. Aber auch Irrtümer, die anderswo ziemlich häufig vorkommen, wie z. B. die Auszahlung von zuviel gezahlten Unterstufungen bei der Erwerbslosenunterstützung und anderes, kamen bei ihm nie vor. Und das will etwas heißen, wenn man weiß, daß die Zahlstelle Miesbach bis vor ein paar Jahren immerhin über 400 Mitglieder hatte und heute noch über 200 Mitglieder zählt. Es ist deshalb keine Übertreibung, wenn wir dem Kollegen Oppenheimer das Zeugnis eines musterhaften Zahlstellenkassierers ausstellen. Es gehörte viel Idealismus, Arbeitsfreude und Interesse für die Sache dazu, um ein solches Amt 27 Jahre zu verwalten, ohne je in Differenzen gekommen zu sein. Kollege Oppenheimer hatte eine vorzügliche — Sätze an seiner Frau, die ebenfalls Mitglied ist, und die in umstichtiger Weise ihren Gatten bei seiner Tätigkeit zu Hilfe kam. Zahlstelle und Hauptvorstand würdigen die Gewissenhaftigkeit und die Verdienste des Kollegen Oppenheimer und sprechen ihm dafür herzlichsten Dank aus! Sie wünschen ihm und seiner lieben Gattin, seinem treuesten Kameraden, einen recht langen und glücklichen Lebensabend in Gesundheit, Rüstigkeit und Frohsinn! W. W.

Schirnding (Bayern). Am 1. Januar 1933 tagte unsere Generalversammlung, die neben der Erledigung verschiedener Tagesordnungspunkte auch die Ortsverwaltung neu zu wählen hatte. Kollege Karl Bauer trat von seinem Posten als Zahlstellenkassierer zurück. Das wäre nicht so wichtig, um es der Mitgliedschaft im Reich zur Kenntnis zu bringen. Über unser Kollege Karl Bauer war 27 Jahre lang unser Zahlstellenkassierer, und deshalb ragt er über den Kreis unserer Mitgliedschaft wesentlich hinaus. Es ist ein Verdienst um die Organisation und um die Zahlstelle, daß er fast drei Jahrzehnte mit größter Aufopferung und Gewissenhaftigkeit den Posten eines Kassierers ehrenamtlich verwaltet hat. Die Zahlstelle spricht dem treuen Kameraden Bauer herzlichsten Dank für seine treue Mitarbeit aus! (Der Hauptvorstand schließt sich diesem Danke an.) Möge Kollege Bauer noch einen langen und möglichst sorgenfreien Lebensabend haben, soweit das in der heutigen Zeit für einen arbeitslosen Proleten überhaupt möglich ist!

Verbandsnachrichten. Bewerbungen für die Bildungs-kurse 89 bis 91 für unsere Mitglieder.

Im Schulheim in Wennigsen finden auf Beschluß des Vorstandes im ersten Halbjahr 1933 drei Kurse von je drei Wochen Dauer statt, und zwar: von Dienstag, 18. April, bis Dienstag, 9. Mai; von Sonntag, 14. Mai, bis Sonnabend, 3. Juni; von Sonntag, 11. Juni, bis Sonnabend, 1. Juli.

In jedem dieser Kurse werden folgende Vortragsthemen behandelt: Verwaltung und Kassenwesen, Betriebsrätegesetz und Arbeitsrecht, Arbeitsvertrag nach Gewerbeordnung und Bürgerlichem Gesetzbuch, Arbeitsgerichtsgesetz und Zivilprozessordnung, Geschichte und Theorie der Gewerkschaften, Einführung in die Volkswirtschaft und Sozialversicherung. Kolleginnen und Kollegen mit dem festen Willen und der ersten Absicht, das in Wennigsen Geleitene praktisch zu verwerten und durch Selbststudien zu ergänzen, werden aufgefördert, selbstgeschriebene Bewerbungen bis zum 20. Februar bei den zuständigen Zahlstellenverwaltungen einzureichen.

- Die Bewerbung muß enthalten: 1. eine Abhandlung über den Lebenslauf, mit Angabe des Lebensalters. 2. Angaben über die Dauer der Mitgliedschaft im Fabrikarbeiterverband und evtl. frühere Mitgliedschaften, über die Tätigkeit im Verband und in der Arbeiterbewegung sowie über die gegenwärtigen Funktionen. 3. Ferner sind Angaben über die Teilnahme an Abendkursen oder sonstigen Bildungsveranstaltungen zu machen. Falls der Bewerber bisher an solchen Bildungsveranstaltungen nicht teilgenommen hat, sind die Ursachen der Nichtteilnahme kurz anzugeben. 4. Angabe der genauen Adresse.

Wer an einem vom Hauptvorstand abgehaltenen Kursus im Schulheim schon einmal teilgenommen hat, kann vorerst noch nicht wieder zugelassen werden. Wir bitten deshalb diese Kolleginnen und Kollegen, eine Bewerbung nicht einzureichen.

Fortgeschrittenen-Kurse für frühere Teilnehmer sollen abgehalten werden, wenn der Schulbetrieb wieder in vollem Umfange aufgenommen werden kann. Jeder Bewerber hat anzugeben, welcher Zeitpunkt für seine Kurssteilnahme in Frage kommt. Wenn möglich, ist auch ein zweiter Vorschlag zu machen, damit, wenn dem ersten Vorschlag wegen Überfüllung des Kursus nicht entsprochen werden kann, eine anderweitige Zuteilung möglich ist.

- Die Kurssteilnehmer erhalten: 1. die Verheirateten 70 Prozent, die Ledigen 30 Prozent ihres Arbeitsverdienstes; 2. Fahrgeld 3. Klasse vom Wohnort nach Hannover und zurück sowie 7 RM für einen ganzen, 3 RM für einen halben Reisetag; 3. freies Unterkommen und freie Verpflegung im Schulheim sowie ein tägliches Taschengeld von 1,20 RM. Die Berechnung der Entschädigung erfolgt auf Grund der letzten vier Lohnzettel und des Verbandsbeitrags. Die Zahlstellenverwaltungen haben die Bewerbungen gewissenhaft auf Eignung und Fähigkeit des Bewerbers zu prüfen und mit einem Gutachten an die Gauleitung bis zum 6. März 1933 weiterzugeben.

Die Gauleitungen müssen die Bewerbungen mit einem Ergänzungsgutachten an den Hauptvorstand bis zum 15. März 1933 senden.

Die früheren Bewerber, die bis jetzt nicht berücksichtigt worden sind, müssen eine neue Bewerbung bei ihrer Zahlstelle einreichen. Der Hauptvorstand.

Die Abrechnung für das 4. Quartal haben eingeleitet:

- Gau 1: Celle, Peine, Stadthagen, Fürstberg, Gr. Häuslinge, Gr. Rheden, Walsrode, Uzen, Wisfelbiede, Eihorn, Hamtose, Schildhorst, Braunschweig, Bielefeld, Freden, Lachendorf, Stadoldendorf, Hameln, Dsnabrück. Gau 2: Verburg, Königslutter, Burredorf, Esterwerda, Hesse, Kisse, Osterburg, Saffort, Wustrow, Preitlin, Burg, Heitfeld, Genthin, Seehausen, Wittenberg, Herzberg, Calbe, Goldbed, Harzgerode, Stendal-Langermünde, Helmstedt, Magdeburg, Wittenfeld, Elbingerode, Schönebeck, Schöningen, Eilenburg, Cöthener, Dessau. Gau 3: Baruth, Frankfurt, Gr.-Besten, Nauen, Cottbus, Potsdam, Rüdersdorf, Vordamm, Brandenburg, Finow, Havelberg, Mündeberg, Oderberg, Wittenberge, Oranien, Herzfelde, Neuruppin, Schönlanke, Töpchin, Rathenow, Sommerfeld, Trebitz, Angermünde, Eberswalde, Luckenwalde, Prenzlau, Freienwalde, Prignitz, Landsberg, Witten. Gau 4: Lübz, Waren, Warin, Böhlow, Greifenberg, Hagenow, Jarmen, Pyritz, Rostock, Wittenburg, Anklam, Cöbber, Grevesmühlen, Körlin, Lauenburg, Parchim, Plathe, Schwerin, Warnemünde, Wolgast, Dramburg, Greifenhagen, Greifswald, Cammin, Lebbin, Neubrandenburg, Friedland, Güstrow, Lübbchen, Streitz, Teterow, Bruel, Grabow, Staverhagen, Warth, Doberan, Dömitz, Fiddichow. Gau 5: Gumbinnen, Wörthoff, Danzig, Tilsit. Gau 6: Rastbor, Münsferberg, Breslau, Glatz, Waldenburg, Bunzlau, Hirschberg, Weiskwasser. Gau 7: Lausitz, Schwepnitz, Aue, Plauen, Strehla, Döbeln, Großenhain, Radeburg, Chemnitz, Meissen, Waldheim, Annaberg, Kiesa, Ostendorf-Ohrlla, Heidenau, Leipzig, Zwickau. Gau 8: Artern, Breitenstein, Auma, Tannroda, Wallhausen, Rodach, Stadtlengsfeld, Könnig, Mithla, Arnstadt, Stadtilm, Triptis, Weidenrode, Fraureuth, Gräfenhain, Jena, Erfurt, Treffurt, Ilmenau, Salungen, Eisenberg (Th.), Rudolstadt. Gau 9: Erlangen, Aschaffenburg, Lohr, Oberkochen, Windsheim, Hohenberg, Schönmald, Karlstadt, Mitterteich, Windheim, Weihenburg, Rippensera, Neumarkt, Fürth, Selb, Bayreuth, Schirnding, Nürnberg, Weiden. Gau 10: Albstadt, Fleck, Miesbach, Moosburg, Degaendorf, Gmund, Schrobenuhlen, Türkheim, Bruckmühl, Landsbut, Martenstein, Augsburg, Freising, Lenzing, Mainburg, Schellenberg, München. Gau 11: Freudenstadt, Schramberg, Balingen, St. Georgen, Dürheim, Sinaen, Heilbronn. Gau 12: Kaiserlautern, Rheinzabern, Eisenberg, Ladenburg. Gau 13: Köstf., Darmstadt. Gau 14: Kreuznach, Bendorf, Goch, Andernach, Bonn. Gau 15: Leer, Oldenburg, Brunsbüttelkoog, Friedrichstadt, Marne, Elsfleth, Goeßbacht, Stade, Varel, Lauenburg, Flensburg, Hamburg, Lübeck, Glöckstadt, Papenburg, Radeburg, Wittmund, Elmshorn, Bremen. Gau 16: Recklinghausen, Dethlhausen, Lünen, Witten, Essen, Düsseldorf.

Dank an die Gratulanten. Für die herzliche Gratulation und die hierbei zum Ausdruck gebrachte treue Freundschaft anlässlich meines 25jährigen Angestelltenjubiläums, sage ich hiermit allen Verbandskolleginnen und -kollegen meinen besten Dank! Franz Schreiber.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3 a und d in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle U m b e r g: Willi Lohmann, Buch-Nr. (schl); Alfred Geweth, Buch-Nr. 82 754; Joseph Reusch, Buch-Nr. 549 126.

Das Inhaltsverzeichnis zum „Proletarier“

für das Jahr 1932 liegt der Nr. 3 des „Proletariers“ bei. Jede Zahlstelle erhält mindestens ein Exemplar; größere Zahlstellen können auf Wunsch mehrere bekommen. Mitglieder, die den „Proletarier“ aufbewahren, können durch die Zahlstellenleitung ein Inhaltsverzeichnis gratis erhalten.

Literarisches.

Mal so — mal so. Eine Anekdote aus der deutschen Rechtsprechung für jedermann. Nach dem Buch bearbeitet von Alfred Czjzewski. Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker. G. m. b. H., Berlin SW 61, Weinbühlstraße 5. Kartontier 1,80 Mk., Porto 30 Pf. In Sägen, Aeden, Briefen usw. ist die ganze Gänge von Qualitäten hineingeschüttelt. Wir finden sie mal so, mal so angeordnet. Aber nicht alles ist doppeltgeschrieben, auch die zweifelsfreien Wörter, die aus Unkenntnis falsch geschrieben werden, laßen uns frech ins Gesicht, als wollten sie sagen: „Ja, da stannst du. Du schreibe ich mich.“ Das Ganze ist in der Abfolge gebracht. Marianne Fleischhack: „Fleischlos ist nicht teuer.“ Willige, gesunde Kost im ganzen Jahr. Mit 350 Rezepten. Geleitwort von Dr. med. Nikolaus Müller. 80 Seiten. Zu beziehen von Marianne Fleischhack, Leipzig-Marienau, Frau-Holle-Weg 11 (Postfach Nr. 7355). Preis 1,35 Mk., gebunden 1,80 Mk. „Die Leuchttrakte.“ Jedes der monatlich erscheinenden Hefte ist voll Humor und Fröhlichkeit, bringt neue Witze, Anekdoten, Humoresken und Satiren, aktuelle Gedichte und Glosse sind ein scharfer und satirischer Spiegel der Zeitereignisse. Rätsel und Schach bieten Unterhaltung und Anregung. Jedes Hefte enthält hübsche Bilder und Zeichnungen, Karikaturen und Skizzen. Wir können diese satirische Kampfschrift nur bestens empfehlen. Man verlange Probehefte von der Verwaltung der „Leuchttrakte“, Wien 4, Mittersteig 3a, Einzelpreis 30 Groschen (20 Pf.). „Die Gewerkschaften im Ruhrkampf.“ Im Januar 1923 begann er. Die zehnjährige Wiederkehr des Jahresdatums dieser großen Bewegung veranlaßt uns, an das von Lothar Erdmann im Auftrag des ADGB verfaßte Buch „Die Gewerkschaften im Ruhrkampf“ (Berlin 1924, Verlagsgesellschaft des ADGB, Organisationspreis gebunden 4 Mk., kartoniert 3 Mk.) zu erinnern. Wie arbeiten die Helfer? Eingehend wird das Verfahren der Helfer auf Grund jahrelanger Beobachtung von Autoritäten wie Fred Maron, Erik Jan Gausman u. a. und durch Abwägung dieser Experimente an zahlreichen Personen in Heft 4 der „Urania“ Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft, dargestellt. Außerdem enthält das Heft einen interessanten Beitrag über das Zwittertum und andere natur- und gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. Der Urania-Freienher-Verlag in Jena stellt jederzeit Interessenten Probehefte kostenlos zur Verfügung. Neues Jahr — neues Schaffen! Unter diesem Kennwort bringt das Januarheft der illustrierten Monatszeitschrift „Die Wärgelbe“ die Anzeige und ausführliche Beschreibung von drei Neuerungen: Die „folgende Laufe“, „Webe den Besten!“ und „Wie ich sie wiederhab.“ Mit diesen drei neuen Wärgeln beweist die Wärgelbe-Gesellschaft, daß sie auch im neuen Jahre den vielfältigen Wünschen ihrer Mitglieder Rechnung trägt. Nach den Besprechungen dieser Bücher und nach den Besprechungen aus der Reihenfolge von solchen, dürfte das erste Quartal 1933 wieder ein voller Erfolg für diese Gemeinschaft werktätiger Buchler werden.

Planwirtschaft. von DR. PAUL HERBERG Professor an der Universität Jena. 1. Kann Planwirtschaft Krisen verhindern? 2. Kann Planwirtschaft gerecht verteilen? 3. Kann Planwirtschaft richtig wirtschaften? 4. Wege zur Planwirtschaft. Brosch. RM 1.70 Organ.-Preis RM 1.25. VERLAGSGESELLSCHAFT DES ADGB, BERLIN SW 19